

Warum die Menschen hungern

Am 9. September hat Guatemalas Präsident Álvaro Colom den Notstand für das ganze Land erklärt. Damit reagierte er auf Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppen, die eine sofortige Antwort auf die Hungerkrise verlangt hatten. Aber: Die Regierung hat viel zu spät reagiert.

TEXT: ALBRECHT SCHWARZKOPF (CIR)

Die Krise im trockenen Osten Guatemalas an der honduranischen Grenze war vorhersehbar. Die Meteorologen hatten das Wetterphänomen El Niño vorausgesagt, eine zirka alle sieben Jahre wiederkehrende warme Meeresströmung, welche Trockenheit in bestimmten Gebieten, aber auch vor allem an der Pazifikküste Lateinamerikas viel Regen auslöst. Vor acht Jahren war in der Provinz Chiquimula der letzte Dürrenotstand ausgebrochen. Bei diesem hatte die Christliche Initiative Romero solidarische Hilfe geleistet.

Beunruhigend ist, dass auch in anderen Teilen des Landes die Ernten vernichtet wurden. Grundsätzlich sind sich alle Experten einig, dass es in Guatemala ausreichend Nahrung gibt. „Dies ist ein sehr reiches Land“, sagt der UN-Sonderberichtersteller für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter. Aber er weiß auch, warum die Menschen hungern: Die guatemaltekische Gesellschaft weist eine sehr ungleiche Einkommensverteilung auf – und der Staat ist zu schwach, um die Armen zu unterstützen.

„Es gibt Nahrung, aber es fehlen die

finanziellen Mittel, damit die Hungernden sie kaufen können“, klagt Guatemalas Präsident Álvaro Colom. Das Parlament bewilligte das von ihm eingebrachte Notstandsdekret erst Ende Oktober. Die Opposition forderte die Transparenz der Mittel multilateraler Institutionen und dass die Ausgaben nicht klientelistischen Zwecken dienen dürften. Erst durch die Parlamentsratifizierung konnte die Regierung die zugesagten Mittel zur Hungerfolgenbekämpfung einsetzen.

Keine Reserven

Dass das Wetter erhebliche Probleme auslösen kann, ist wahrlich keine Neuigkeit, auch in Guatemala nicht. Trotz der Vorhersehbarkeit waren aber seitens der Regierung keine Vorsorgemaßnahmen ergriffen worden.

Olivier de Schutter hatte Ende August das Land besucht und war vor allem über das langsame Agieren des Parlaments erzürnt. Es stellt sich allgemein gegen substantielle Reformen. Es versäumte, mehr Produktionskapazitäten für Nahrungsmittelgüter zu schaffen und Reservelager für Krisenzeiten anzulegen.





De Schutter urteilt, dass „die Demontage jeglichen Systems von Nahrungsmittelreserve“ einer der Faktoren gewesen sei, die Präsident Colom genötigt hätten, den Notstand auszurufen.

Die Nahrungsmittelsituation in Guatemala ist seit längerem prekär. Die Hälfte der Kinder unter fünf Jahren gilt als unterernährt, eine international sehr hohe Rate. Der Landbesitz ist sehr un-

gleich verteilt: Wenige Reiche haben viel, viele Arme haben nur sehr wenig Boden. Arme Subsistenzbauern haben kaum Zugang zu guten Böden, sie kämpfen auf kleinen, unproduktiven Fincas um ihr Überleben. Kommt es zu Missernten, leiden sie am meisten. Die Hungerbekämpfung muss ein doppeltes Ziel verfolgen: nicht nur die Menschen satt, sondern sie auch zu Sattmachern zu machen. Dafür ist auch eine nachhaltige Landwirtschaft mit Erosionsschutz notwendig.

Mit Aufklärung gegen den Hunger

Fast eine Million guatemaltekischer Kinder sind mangel- beziehungsweise unterernährt. Die indische Frauenorganisation Ixpiyakok in Tecpan in der Region Chimaltenango setzt ein Zeichen dagegen. „Viele Mütter müssen lernen, wie die Ernährung für sie und ihre Kinder verbessert werden kann“, erklärt Berta Cumez, die Geschäftsführerin, hierzu. „Wir zeigen ihnen, wie sie Gemüseanbau betreiben können, mehr Nährwert aus den Lebensmitteln erhalten und ihre Kinder besser ernähren. Ohne die Unterstützung der Christlichen Initiative Romero wäre dies nicht möglich. Ixpiyakok braucht unsere und Ihre Unterstützung!“

STICHWORT »ERNÄHRUNG MAYA-FRAUEN«

Aktiv werden gegen den Hunger in Guatemala

Schwache Regierung

Die Regierung ist zu schwach, um Verhältnisse tiefgreifend zu ändern. Dies zeigt sich darin, dass der Hunger auch Regionen wie Quiché, Chimaltenango und Alta Verapaz trifft. Zwar ist der Regierung positiv anzurechnen, dass sie im Gegensatz zu ihren unternehmerorientierten Vorgängerinnen ein Programm zur Armutslinderung aufgelegt hat. Das aber konnte offensichtlich nicht greifen. Insbesondere mangelt es an Geld, um spürbare soziale Änderungen im Land herbeizuführen. Der Staat nimmt bloß 9,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes an Steuern ein. Zu wenig, um den Hunger wirksam zu bekämpfen, von dem über 16 Prozent der Bevölkerung und mehr als 400.000 Familien betroffen sind.